

Positionierung Bundesverband zum Thema: Wie gehen wir um mit den Nachrichten über „getötete Radfahrende“? (Stand: 01.08.2018)

Die Statistik

383 Radfahrer sind 2017 ums Leben gekommen, darunter 15 Kinder. Die häufigste Ursache sind abbiegende Lkw und Pkw. Anders als die Gesamtzahl der Verkehrstoten, nimmt die Zahl der getöteten Radfahrenden seit Jahren nicht substanziell ab. Besonders dramatisch, weil häufig tödlich, sind die Abbiegeunfälle mit Lkw. 15 durch Lkw getötete Radfahrer müssen wir in den ersten Monaten dieses Jahres bereits beklagen – davon elf Frauen und Mädchen! Es trifft dabei überproportional häufig die Radfahrenden, die sich im Vertrauen auf die Ampelschaltung oder die Infrastruktur an Regeln halten und nicht schnell vorziehen können, wenn es zu kritischen Situationen kommt. Diese Infrastruktur und das Fehlen von effektiven Warnsystemen in den Lkw können und wollen wir als Radfahrerorganisation nicht länger hinnehmen.

Die politische Verantwortung

Einige Gliederungen organisieren bei tödlichen Unfällen Mahnwachen und stellen Geisterräder auf. Der Bundesverband unterstützt diese Aktionen ausdrücklich. Solche Maßnahmen helfen darauf aufmerksam zu machen, dass es um die politische Verantwortung dafür geht, wie und für wen unsere Straßen sicher geplant und gebaut werden. Ebenso muss die Notwendigkeit von viel mehr Forschung und Entwicklung zum Ausdruck gebracht werden hin zu Fahrzeugen und Assistenzsystemen, die nicht nur den Autoinsassen schützen sondern gerade die ungeschützte Verkehrsteilnehmer*innen im Verkehr. Dies nachdrücklich und öffentlich fordern zu können, dafür sind die tragischen Unfälle trauriger Anlass. Tun wir dies als Radfahrerlobby nicht, bleibt nur die fatale Nachricht des „*gefährlichen Radfahrens*“ beim Zeitungslesenden hängen. Denn die Berichterstattung zu derartigen Unfällen wird unweigerlich kommen.

Die Rolle des ADFC

In den Städten, in denen seit einiger Zeit Mahnwachen und Geisterräder aufgestellt werden, sehen wir eindeutig einen erhöhten Druck auf die Stadtgesellschaft, die Missstände zu beseitigen und nicht nach einem Unfall zur Tagesordnung überzugehen. Daher ermuntern wir alle Gliederungen, sich dieser Mittel zu bedienen – auch wenn es schwer ist. Der Bundesverband sieht jedoch auch die Notwendigkeit über den Einzelfall hinaus, den Druck auf die Bundesregierung, die Länder und Kommunen insgesamt zu erhöhen. Daher werden wir auf der Bundesebene uns in den kommenden Monaten verstärkt mit dem Thema beschäftigen und konkrete Maßnahmen und Aktionen entwickeln. Dazu möchten wir heute auch abfragen, welche Unterstützung ihr euch von uns wünschen würdet, ob ihr Aktionen auf übergeordneter Ebene unterstützen würdet und was ihr dazu vielleicht noch braucht!